

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d



## Inhalt

Dr. Gerhard Schmid MdEP  
kommentiert die Freilassung  
des US-Fliegers  
Goodman aus syrischer  
Haft: Noch kein Anlaß zur  
Hoffnung. Seite 1

Professor Gerhard Heimann  
MdB, Stellvertretender Ob-  
mann der SPD-Bundestags-  
fraktion im Ausschuß für  
innerdeutsche Beziehungen,  
fordert die Weiterentwick-  
lung der sozialdemokrati-  
schen Deutschland-Politik:  
Deutsch-deutsche Verant-  
wortung für den Frieden.  
Seite 2

Karl Heinz Müller MdL,  
Sozialpolitischer Sprecher  
der SPD-Fraktion im bayeri-  
schen Landtag, be-  
schreibt, wie Strauß als  
bayerischer Ministerprä-  
sident die Bonner Wende-  
Politik ergänzt: Zurück in  
die 50er Jahre.  
Seite 5

39. Jahrgang / 4

5. Januar 1984

Zur Hoffnung noch kein Anlaß

Zur Freilassung des US-Fliegers Goodman aus syrischer Haft  
Von Dr. Gerhard Schmid MdEP

Die Freilassung des Fliegerleutnants Goodman aus syrischer Kriegsgefangenschaft hat Spekulationen ausgelöst. Denn es ist klar, daß Syrien mit dieser Geste mehr als eine persönliche Gefälligkeit gegenüber dem Präsidentschaftskandidaten Jesse Jackson verbindet. Was aber steht dahinter? Um eine innenpolitische Aufwertung des härtesten Kritikers von Ronald Reagan allein kann es nicht gehen. Denn auch Syriens Präsident Assad weiß, daß Jackson sich letztendlich in der demokratischen Partei nicht durchsetzen wird. Offenbar will Damaskus spektakulär Verhandlungsbereitschaft demonstrieren. Aber warum?

Als Hintergrund denkbar wären Bemühungen Saudi-Arabiens, das sich an der instabilen Situation im Libanon stört. Möglich ist auch ein Einfluß der Sowjetunion, die nicht in eine direkte Konfrontation mit den USA verwickelt werden will. Es kann aber auch sein, daß Syrien inzwischen die Gefahr einer amerikanisch-israelischen Invasion so hoch einschätzt, daß es einen international garantierten stabilen Libanon als Pufferstaat anstrebt.

Warum Ronald Reagan sofort im Gegenzug Verhandlungen über den Libanon anbot, liegt dagegen auf der Hand. Die Stellungen der Marines in Beirut lassen sich auf Dauer militärisch nicht halten, während in den USA der Ruf nach Rückzug aus dem Libanon in der Öffentlichkeit immer stärker wird. Der bevorstehende Wahlkampf und nicht eine neue amerikanische Nahost-Politik steht hinter Reagans Angebot. Syrische und amerikanische Außenpolitik für den Nahen Osten waren bisher unvereinbar. Ob die jetzt beidseitig gegebenen Verhandlungssignale ernst gemeint sind, muß mit einem großen Fragezeichen versehen werden.

(-/5.1.1984/ks/rs)

+ + +

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

Printed in Germany  
on recycled paper  
Recycling-Paper



Die deutsch-deutsche Verantwortung für den Frieden

---

Gerade vor dem Hintergrund der gespannten Weltlage müssen die Sozialdemokraten ihre Deutschlandpolitik weiterentwickeln

Von Professor Gerhard Heimann MdB

Stellvertretender Obmann der SPD-Bundestagsfraktion  
im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen

Was die praktische Deutschlandpolitik der gegenwärtigen Regierungskoalition angeht, so sind die "neuen Akzente" einfach die alten. Die CDU/CSU führt eine Politik fort, die von Sozialdemokraten begründet worden ist. Es ist selbstverständlich, daß sie dafür die Zustimmung der SPD auch dann findet, wenn diese jetzt in der Opposition steht. Auf die Dauer wird es jedoch nicht genügen, eine vorgefundene Politik allein pragmatisch weiterzuerfolgen, ohne dabei die zugrunde liegende Konzeption zu verstehen und zu akzeptieren.

Im Gegenteil: Wenn die CDU/CSU im Sinne einer Doppelstrategie unverändert an den geistigen Grundlagen festhält, von denen aus sie jahrzehntelang die sozialdemokratische Ost- und Entspannungspolitik erbittert bekämpft hat, dann besteht immer die Gefahr, daß dies eines Tages auf ihre jetzige pragmatische Politik zurückschlägt und diese beschädigt. Jedenfalls wird die CDU/CSU sehr bald an die Grenzen eines bloßen Pragmatismus geraten.

Umso wichtiger ist es, daß Sozialdemokraten an den konzeptionellen Grundlagen ihrer deutsch-deutschen Politik nicht nur festhalten, sondern sie weiter entwickeln. Dies ist angesichts der besonderen deutsch-deutschen Verantwortung für den Frieden von besonderer Bedeutung.

Deutsch-deutsche Politik war in der Vergangenheit der mühsame Versuch, unterschiedliche, ja gegensätzliche Interessen zu einem Ausgleich zu bringen; sie auch nur auf den berühmten "kleinsten gemeinsamen Nenner" zu bringen, war oft schon nicht möglich. Insofern ist es fast eine politische Sensation, die in ihrer Tragweite bisher kaum begriffen worden ist, daß es zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte ein gemeinsames Interesse - nicht nur der Regierenden, sondern auch der Regierten - in beiden deutschen Staaten gibt: das Interesse, nicht in eine neue politische, wirtschaftliche, ideologische oder gar militärische Konfrontation der Weltmächte hineingezogen zu werden; positiv gesagt: ein Interesse an der Fortsetzung und Entwicklung der Entspannungspolitik hier in der Mitte Europas, unabhängig davon, ob sich anderswo die Konflikte zuspitzen; womit nicht gesagt werden soll, daß es gleichgültig und ohne Auswirkungen auch auf unsere Region wäre, ob sie sich anderswo weiter zuspitzen.

Aus diesem deutsch-deutschen Konsens von Regierenden und Regierten ist die die Bundesregierung tragende Mehrheit am 22. November mit ihrer Zustimmung zur Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen auf dem Boden der Bundesrepublik in einem wichtigen Punkt ausgeschieden. Ich will hier nicht spekulieren, ob dies insgesamt zur Auflösung des genannten Konsenses führt oder reparabel bleibt. Mir geht es um eine andere Feststellung,



Der Satz vom Werbellin-See, die Beschwörung der "gemeinsamen Verantwortung beider deutscher Staaten für den Frieden", die fast sensationelle Wiederverwendung des Begriffes "deutsches Volk" durch den höchsten Repräsentanten der DDR und die substantiell noch wichtigere Feststellung von der "Verantwortungsgemeinschaft von BRD und DDR", sie alle besagen eines: in einem ganz wichtigen Punkt läßt sich deutsches Interesse als deutsch-deutsches Interesse definieren; zumindest in Umrissen ließe sich eine Friedens- und Sicherheitspolitik entwickeln, die von beiden deutschen Staaten getragen werden könnte. Ich sage "könnte", nicht "wird". Ich füge hinzu: Um von der Möglichkeits- zur Wirklichkeitsform zu kommen, bedarf es aller Wahrscheinlichkeit nach einer erneuten Wende in Bonn.

Dieser eine neue Akzent wäre ein überaus kräftiger, würde er Wirklichkeit; er würde die Qualität der deutsch-deutschen Beziehungen von Grund auf verändern und vieles möglich machen, was heute noch unmöglich scheint. Er würde die Kernfrage der Entspannungspolitik neu oder besser: erneut stellen. Am Anfang der Verhandlungen über den Vertrag von Moskau stritten sich Egon Bahr und Andrej Gromyko, was der feierlich besiegelte Gewaltverzicht bedeute: Festschreibung des status quo in Europa, so Gromyko, oder friedliche Veränderung des status quo durch dessen vorausgegangene faktische Anerkennung, so Egon Bahr und Willy Brandt.

"Vom Wandel durch Annäherung" ist schon in der letzten Phase der sozial-liberalen Koalition nicht viel übrig geblieben. Deutschlandpolitik wurde und wird bis heute im wesentlichen nur administriert. Die Formel von der "Lösung der deutschen Frage in einer europäischen Friedensordnung", Jahr für Jahr im Bericht zur Lage der Nation wiederholt, ist nicht viel mehr als eine Worthölse. In Wirklichkeit haben sich die meisten Westdeutschen mit dem status quo komfortabel arrangiert; nicht oder noch nicht ganz haben sich die arrangiert, die unter dem status quo leiden: das sind die Deutschen in der DDR und - trotz Viermächteabkommens - die Westberliner.

Nur Leiden ersetzt noch keine Politik. Solange die Gleichung richtig war - Stabilität der Blöcke, Gleichgewicht, status quo = Frieden in Europa -, war an eine Bewegung in der Deutschlandpolitik nicht zu denken; denn ohne Frieden ist alles andere nichts. Aber eines hat die Nüchternheitsdiskussion gebracht: tiefe, ja tiefste Zweifel, ob eine Gleichgewichtsdoktrin, die zu immer neuen und qualitativ jeweils gefährlicheren Runden des atomaren Wettrüstens führt, am Ende den Frieden erhält oder ihn nicht in Wirklichkeit gefährdet. Vielleicht ist es Zeit, Sicherheit neu zu definieren: nicht eine Sicherheit vor dem Gegner, sondern mit dem Gegner; das, was wir Sozialdemokraten Sicherheitspartnerschaft oder präziser noch: Partnerschaft zur Sicherheit nennen. Die eingangs zitierten Begriffe wie "gemeinsame Verantwortung beider deutscher Staaten für den Frieden" oder "Verantwortungsgemeinschaft von BRD und DDR" sind in diesem Zusammenhang nicht mehr und nicht weniger als der Ausdruck einer spezifisch deutsch-deutschen Form der Sicherheitspartnerschaft.

Ich weiß, daß damit die Fragen nicht beantwortet sind, sondern erst beginnen. Das Konzept "Sicherheitspartnerschaft" darf nach Meinung der Sozialdemokraten nicht in



eine Neutralisierung führen, sondern muß zur gemeinsamen Politik der Bündnisse werden, so wie eine europäische Friedensordnung am Ende auch nur zustande kommen kann, wenn sie von beiden Weltmächten mitgetragen und garantiert wird. Somit stellt sich für Sozialdemokraten auch nicht die Bündnisfrage, sondern das notwendige Austragen von Konflikten im Bündnis. Die Europäisierung Europas setzt die Europäisierung des Bündnisses voraus. Und das geht nicht ohne Frankreich. Wenn dies aber die Rahmenbedingungen sind, ohne die jede isolierte deutsche Politik ins Bodenlose stürzen würde, dann muß zuvor das deutsche Interesse so definiert worden sein, daß es deckungsgleich auch europäisches Interesse werden kann.

Hier beginnen nun wieder neue Fragen, von denen ich nur eine nennen, aber nicht mehr beantworten will: Wie lange können wir es uns eigentlich noch leisten, die deutsche Frage im Kern als die Frage nach einer wiederzugewinnenden deutschen Gesamtstaatlichkeit zu begreifen? Oder anders gefragt: Wann fangen wir an, die deutsche Frage soweit zu entstaatlichen, wie sie in der langen Geschichte des deutschen Volkes, ausgenommen nur die kurze Episode des Bismarckreiches, immer gestellt war? Ein deutscher Patriotismus ist wieder gefragt; aber nur ein solcher, der den Bestand der DDR mitumfaßt und damit nicht erneut zu einem Fremdkörper in Europa und in der Welt wird.

(-/5.1.1984/ks/rs)

+ + +



Zurück in die fünfziger Jahre

Die Regierung Strauß ergänzt die Bonner Wende-Politik

Von Karl Heinz Müller MdL

Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag

Die Wende in Bonn wird in Bayern durch die CSU-Staatsregierung fortgesetzt und in ihren Auswirkungen verstärkt. Auftakt zur bayerischen "Sozialabbaurunde" war der Doppelhaushalt 1983/84.

Der schwerste Eingriff in das soziale Sicherungssystem durch die Bayerische Staatsregierung war in diesem Zusammenhang ohne Zweifel die gegen den Willen der SPD von der CSU-Mehrheit beschlossene Änderung des Gesetzes über die Gewährung von Pflegegeld an Zivilblinde. Die CSU hat mit der Gesetzesänderung die bisherige Koppelung der Höhe des Zivilblindengeldes an den Betrag der Pflegezulage für Kriegsblinde aufgegeben. Stattdessen gilt seit dem 1. Juli 1983 für die Berechnung des Pflegegeldes für Zivilblinde die Blindenhilferegelung nach dem Bundessozialhilfegesetz.

Dies bedeutet nicht nur eine erneute unterschiedliche und durch nichts gerechtfertigte Behandlung von Kriegs- und Zivilblinden. Viel entscheidender ist, daß mit dieser Änderung der sogenannte Finalitätsgrundsatz aufgegeben wurde. Dieser Grundsatz bedeutet, daß nicht die Ursache der Behinderung für Art und Umfang der Leistung maßgebend sein soll, sondern alleine die Tatsache der Behinderung. Beim Pflegegeld für Zivilblinde handelt es sich nämlich ebenso wie bei der Pflegezulage für Kriegsblinde um eine Ausgleichsleistung für blindheitsbedingte Mehrbelastungen.

Niemand kann ernsthaft bezweifeln, daß solche Sonderaufwendungen sowohl bei den Menschen anfallen, die ihr Augenlicht beim Kriegs- oder Wehrdienst verloren haben, wie solchen, die von Geburt an blind sind oder durch Krankheit beziehungsweise Unfall blind wurden.

Als man seinerzeit die Gleichbehandlung beider Gruppen von Blinden verankerte, hat man dies mit Recht als besonderen Fortschritt gefeiert. Die Bayerische Staatsregierung und die sie unterstützende CSU haben mit ihrem Schritt diese wichtige sozialpolitische Tat beseitigt. Der mit der Kürzung des Zivilblindengeldes beabsichtigte Einsparungseffekt wird sich aller Voraussicht nach in engen Grenzen halten. Die beschlossenen Verschlechterungen werden sicher in nicht wenigen Fällen dazu führen, daß Blinde aus der häuslichen Pflege in die Heimpflege überwechseln müssen. Es ist aber kein Geheimnis, daß eine Heimunterbringung wesentlich teurer kommt als eine Pflegegeldgewährung.

Eine Vorreiterrolle besonderer Art hat die Bayerische Staatsregierung bei den Änderungen des Schwerbehindertenrechts übernommen.

Im Juli 1977 wurde - ebenfalls im Sinne eines Nachteilsausgleichs - die unentgeltliche Beförderung der Schwerbehinderten im öffentlichen Personennahverkehr eingeführt. Voraussetzung dieser Vergünstigung ist eine Verminderung der Erwerbsfähigkeit von mindestens 80 Prozent oder eine erhebliche Beeinträchtigung in der Bewegungsfähigkeit.

Diese Freifahrtsregelung war der Bayerischen Staatsregierung schon immer ein Dorn im Auge. Sie hat deshalb - unter Wortführung des "Sozialministers" - immer dagegen und gegen die Kfz-Steuerbefreiung für Schwerbehinderte polemisiert.

Nun hat sich die Staatsregierung bei ihren Freunden und ihrem Partner FDP in Bonn durchgesetzt: Künftig gilt für die Freifahrtsberechtigung nicht mehr das Kriterium 80 Prozent Erwerbsminderung, sondern es muß eine erhebliche Beeinträchtigung der Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr vorliegen. Von den bisher rund 2,1 Millionen Berechtigten

werden etwa 500.000 ihre Freifahrtsberechtigung verlieren. Wer in Zukunft noch die Freifahrtsberechtigung erhält, muß eine Selbstbeteiligung von 120 DM aufbringen.

Selbst wenn man berücksichtigt, daß Blinde und Hilflose, einkommensschwache Schwerbehinderte, Kriegsblinde und Verfolgte von der Neuregelung nicht betroffen werden, bedeuten diese Kürzungsmaßnahmen einen erheblichen sozialpolitischen Rückschritt. Für die öffentlichen Verkehrsbetriebe wird sich das Defizit dadurch weiter erhöhen.

Hinzu kommt ein gewaltiger Aufwand an Bürokratie: Allein in Bayern müssen circa 400.000 Schwerbehindertenausweise durch die Versorgungsämter geprüft werden!

Kräftig mitgewirkt hat die CSU-Staatsregierung auch bei der Verlagerung von Sozialkosten auf die Städte, Gemeinden und Landkreise. Denn durch die Zustimmung zu zahlreichen Maßnahmen des Sozialabbaus auf Bundesebene im Bundesrat hat die Bayerische Staatsregierung dafür gesorgt, daß immer mehr Menschen in unserem Lande Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen. Für die Kosten dieses "letzten Auffangnetzes" unseres Sozialleistungssystems müssen aber die Kommunen aufkommen.

An erster Stelle sind in diesem Zusammenhang die beschlossenen Änderungen zum Arbeitsförderungsgesetz zu nennen. Durch die Kürzungen des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe auf 63 Prozent beziehungsweise 56 Prozent muß ein verheirateter Arbeitslosener ohne Kinder mehr als DM 2.015 monatlich brutto verdienen haben, ein Arbeitslosenhilfeempfänger mehr als DM 2.297, um nicht in die Sozialhilfe abgedrängt zu werden.

Die Zahl der Arbeitslosen, die Sozialhilfe erhalten, erhöht sich von Tag zu Tag. Es ist zu befürchten, daß durch die Neuregelung circa 20 Prozent der Männer und 80 Prozent der Frauen, die arbeitslos werden und diesen Einkommensgruppen angehören, in die Sozialhilfe abgedrängt werden. Dieser Prozentsatz kann sich bei der Arbeitslosenhilfe sogar auf 50 Prozent bei den Männern und 85 Prozent bei den Frauen erhöhen.

Als weitere Ursache für den starken Anstieg der Sozialhilfeausgaben sind ohne Schwierigkeit die Kürzungen bei der Krankenversicherung, dem Wohngeld, dem Kindergeld und der Auszubildungsförderung auszumachen. Kein Wunder, daß sich alle bayerischen kommunalen Spitzenverbände gegen die von der konservativ-liberalen Bundesregierung mit tatkräftiger Unterstützung der CSU-Staatsregierung vorgenommen kurzatmigen Eingriffe in das Leistungsgefüge unseres sozialen Sicherungssystems wehren. Denn diese Eingriffe verschlechtern die soziale Sicherheit für breite Kreise der Bevölkerung weiter und verschieben die finanziellen Belastungen nur von einer Ebene auf die andere.

Ein besonders trübes Kapitel im Rahmen des Sozialabbaus haben die CSU und ihre Staatsregierung bei den Kürzungen der Leistungen für die Familien mitzuverantworten. Allein die Einschränkungen der Schulwegkosten - und Lernmittelfreiheit hat für die große Zahl der bayerischen Familien erhebliche finanzielle Mehrbelastungen nach sich gezogen.

Rechnet man die BaFöG-Kürzungen der jetzigen Bundesregierung und die Änderungen beim Kindergeld und Familienlastenausgleich hinzu, dann ist von der immer wieder betonten Sorge der CSU für die Familien in der Tat nichts mehr übrig geblieben.

Immer mehr Menschen in Bayern spüren, wie tief die konservativ-liberale Regierung in Bonn unter tatkräftiger Mithilfe der Bayerischen Staatsregierung ins soziale Netz geschnitten hat. Sie merken auch, daß dies nur der Anfang von Sozialleistungskürzungen und neuen verteilungspolitischen Weichenstellungen ist.

Die SPD im Bayerischen Landtag hat seit der Übernahme der Regierung in Bonn durch die Unionsparteien und die FDP im Rahmen zahlreicher parlamentarischer Initiativen immer wieder darauf hingewiesen, daß die beschlossenen Maßnahmen kein Beitrag zur Konsolidierung des Systems der sozialen Sicherung und seiner Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen ist.  
(-/5.1.1984/hj/hgs)

+ + +

Berichtigung: In unserer Ausgabe vom 2. Januar, Seite 2, wurde aus dem Abgeordneten Herbert Werner infolge eines Druckfehlers Herbert Wegner. Wir bitten um Entschuldigung.